Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 24.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 8.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einsp. Petitzeile oder deren Raum 1.20 Mk., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 3 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 80 Mk.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1292.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7383.

Nr. 1 — Emmendingen, Montag, 2. Januar 1922 — 57. Jahrgang.

Was bereitet sich in Oberschlesien vor?

In den letzten Tagen ist wieder mehr von Oberschlesien die Rede gewesen. Die wichtigen Reparationsverhandlungen der letzten Wochen hatten uns den durch den Genfer Schiedsspruch verursachten Verlust eines großen Teiles von Oberschlesien fast vergessen lassen und über die Arbeiten der deutsch-polnischen Kommission drang bis jetzt wenig an die Oeffentlichkeit. Allmählich sickert aber jetzt die bisher getätigte Arbeit der Beuthener Verhandlungen durch. Und was man jetzt, lt. „Bad. Pr.", erfährt, ist nicht dazu angetan, uns mit besonderer Freude für die Zukunft zu erfüllen. Wenn man sich auch über einige Fragen, wie z. B. über die, die mit dem Post- und Eisenbahnwesen zusammenhängen, ziemlich schnell geeinigt hat, so hat man doch bei den wichtigsten Fragen zu keinem Resultat kommen können. Ungeklärt ist vor allem noch die Frage der Erhaltung des Deutschtums im künftigen Polnisch-Oberschlesien. In dieser Frage stellen sich die Polen, wie jetzt bekannt wird, auf einen schroffen Absagestandpunkt. Die Hoffnungen, die darauf hinausgingen, daß dem Deutschtum in Polnisch-Oberschlesien dieselben Lebensbedingungen bewahrt würden, wie es sie bisher besaß, wird in maßgebenden polnischen Blättern als direkt Hirnverbrannt bezeichnet. Und doch ist gerade die Erhaltung des Deutschtums in Polnisch-Oberschlesien eine der wichtigsten Aufgaben, die die deutschen Kommissare zu lösen haben. Andererseits sollen die Verhandlungen, soweit sie das rein wirtschaftliche Gebiet berühren, recht gut vom Fleck gekommen sein, während die kulturellen Abmachungen auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen. Man sieht aus alledem, daß die Polen in dem neuerworbenen Gebiet das Deutschtum ausmerzen wollen, koste es, was es wolle.

Bei dieser Gelegenheit erfährt man endlich noch, daß der Terror der Polen den Deutschen gegenüber augenblicklich schlimmer ist, als in den schlimmsten Zeiten der Abstimmungskämpfe. Wer nicht freiwillig von den Deutschen Oberschlesien verläßt, wird unter Drohungen gezwungen, der deutschen Heimat den Rücken zu kehren. Die Bewohner des Teils von Oberschlesien, der jetzt zu Polen geschlagen wird, verlassen daher meistens freiwillig das polnische Gebiet. Was man von vornherein annehmen mußte, wird also bestätigt: Es ist den Polen mit der Erfüllung der von ihnen jetzt übernommenen Pflichten gar nicht ernst gewesen. Die ganzen Verhandlungen bedeuten eine einzige Komödie, deren tragischen Ausgang wir bereits in wenigen Wochen erleben werden. Zweifellos wird die definitive Uebernahme der zu Polen gekommenen oberschlesischen Gebietsteile für die Polen der Anfang zu einer furchtbaren Katastrophe sein, die sich, wenn nicht alles trügt, schon seit Wochen vorbereitet. Wie die sachkundigen Beobachter von vornherein erklärten, ist das heruntergewirtschaftete Polen überhaupt nicht in der Lage, das ihm durch das Genfer Diktat zugewiesene Industriegebiet aus eigener Kraft zu erhalten, und wenn nun bei der Uebergabe an Polen die deutschen Arbeitskräfte das Land verlassen werden und den in Ueberzahl vorhandenen minderwertigen polnischen Arbeitskräften das Feld räumen werden, wird die erste Folge sein, daß die Löhne sinken, daß Unruhe in die Arbeiterschaft kommt und daß als unmittelbare Folge bolschewistische Treibereien einsetzen. Sinkende Löhne und steigende Teuerung sind stets der beste Nährboden für kommunistische Umtriebe gewesen. Es steht heute schon fest, daß in Erwartung des Eintretens der eben geschilderten Ereignisse die Bolschewisten eifrig an der Arbeit sind und zur gegebenen Zeit ein reifes Feld zur Ernte vorfinden werden. Das Problem Oberschlesien ist auch mit der definitiven Uebergabe der neuen Gebietsteile an Polen nicht gelöst. Im Gegenteil, seiner Lösung werden sich jetzt erst recht unüberbrückbar Schwierigkeiten entgegenstellen.

Das Deutschtum in Polnisch-Oberschlesien.

Breslau, 29. Dez. Wie jetzt bekannt wird, hat sich im polnisch werdenden Teil Oberschlesiens bereits eine größere Anzahl von Bürgermeistern und leitenden Gemeindebeamten bereit erklärt, ihre Posten auch nach der Uebergabe des Landes an Polen beizubehalten. Auch eine Anzahl von deutschgesinnten Lehrern, meist Deutsche, die der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind hat sich bereit erklärt, unter polnischer Herrschaft auszuharren. Dagegen ist kein einziger deutscher Richter bisher zum Bleiben zu bewegen gewesen.

Sonstige Meldungen.

Basel, 31. Dez. „Secolo" meldet, daß Kemal Pascha große Vorbereitungen treffe, um zu einer neuen Offensive zu schreiten, deren Beginn in die Tage der Konferenz von Cannes fallen soll. Auch die griechischen Truppen wurden im Dezember durch 1½ Divisionen in Kleinasien verstärkt.

London, 31. Dez. An Bord des ehemaligen deutschen Kreuzers „Helgoland", der nach Liverpool gebracht werden sollte, um dort abgetakelt zu werden, ereigneten sich eine Reihe von Explosionen, deren Ursache noch unbekannt ist. Ein Dampfkessel wurde vollständig zerstört und der erste Maschinist wurde schwer verletzt.

Die Wahrheit auf dem Marsche.

WTB. Berlin, 30. Dez. Im Berliner Tageblatt veröffentlicht Theodor Wolff einen Artikel unter der Ueberschrift: „Die Affäre Poincaré". Er geht davon aus, daß es ein Fehler gewesen ist, den an Hindenburg gerichteten Brief des Kaisers zu veröffentlichen und führt aus, daß es falsch sei, die Verantwortung, die auf der deutschen Politik vom Juli 1914 ruhe, leugnen zu wollen. Dann wendet er sich gegen die Behauptung des englischen Professors Norley, alle anderen hätten den Krieg zu vermeiden gesucht und erklärt, daß das für Poincaré nicht zutreffe. Er erinnert daran, daß während der Dreyfußaffäre Poincaré sich lange Zeit hinter Meline stellte, der erklärte, es gebe keine Affäre Dreyfuß. Es habe damals aber eine Affäre Dreyfuß gegeben und es gebe heute eine Affäre Poincaré. Die Wahrheit sei auf dem Marsche.

Die Frage der Rheinlandbesetzung.

Basel, 31. Dez. „Corriere della Sera" meldet, daß der englische Antrag auf Reduzierung der alliierten Besatzungstruppen im Rheinland von Italien, Amerika und Japan unterstützt werde. Frankreich sei grundsätzlich gegen eine Besatzungsverminderung, solange die Reparationsfrage keine für Frankreich befriedigende Lösung gefunden habe.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz.

WTB. Paris, 31. Dez. Die Wirtschaftskonferenz setzte die Form und den Geschäftsgang der internationalen Gesellschaft fest, deren Gründung sie zur Wiederherstellung des internationalen Kredits in Europa empfehlen wird. Die Gesellschaft soll von privaten Unternehmungen gebildet werden und sich mit der Frage der Eisenbahn- und Wasserstraßen beschäftigen. Die Gesellschaft würde mit einem Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling gegründet werden, die von Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Italien und Deutschland aufgebracht werden sollen, denen sich zu einem geringen Teil auch Polen und Belgien anschließen würden. Deutschland soll ermächtigt werden, Kapital zu zeichnen, unter der Bedingung, daß es die Hälfte des Reingewinnes an die Reparationskommission abgibt.

Britische Militärs über die Schuldfrage am Kriege.

London, 31. Dez. Der englische General Maurice, der während zweier Kriegsjahre Direktor der militärischen Operationen im britischen Generalstab war, erklärte in einer öffentlichen Rede: „Je mehr man die Ursachen des großen Kriegs mit mehr Wissen und weniger Vorurteil studiert, desto mehr versteht man, daß die Wurzel des Krieges nicht in den Sünden und Ambitionen irgend einer besonderen Macht zu suchen ist, sondern in der Grundlage, auf der wir die internationalen Beziehungen aufgebaut haben. Wir beginnen immer mehr einzusehen, daß in der politischen Situation Europas vor dem Kriege etwas fundamental falsch war." — Noch interessanter ist aber ein Brief des Admirals Persy Scott an die Times, in dem der Admiral den Grundsatz aufstellt, **„daß es zwischen den Nationen nie irgendwelche Ehrlichkeit gab und nie geben werde."**

Aus dem besetzten Gebiet.

TU. Mainz, 29. Dez. Der französische Kriegsminister Barthou und Marschall Foch werden Anfang 1922 eine Besichtigungsreise in das besetzte Gebiet unternehmen; hierbei sind Besuche in Trier, Mainz, Düsseldorf, Duisburg, sowie eine Reise in die Pfalz vorgesehen.

TU. Frankfurt a. M., 30. Dez. Die französische Militärbehörde beabsichtigt auf dem Gelände der von der Stadt Frankfurt bewirtschafteten Domäne Gassenbach einen Truppenübungsplatz zu errichten. Würde die französische Behörde ihre Absicht durchführen, so ist die Milchversorgung der Krankenhäuser und der Säuglinge der Stadt Frankfurt, die von der Domäne aus erfolgt, gefährdet.

Die deutsche Entwaffnung.

Ein Funkspruch aus Annawolis bei Newyork verkündet „An Alle": Die Entwaffnung Deutschlands ist bis zu 97 Prozent durchgeführt, was Artillerie anbetrifft; bis zu 93 Prozent, was Maschinengewehre und Gewehre anbetrifft. Die noch ausstehenden kleinen Mengen von Waffen, Munition und anderem Material, die entweder bekannt und noch nicht übergeben, oder deren Unterkunftsort noch unbekannt ist, gleichen den zweifelhaften Konten oder unbezahlten Schulden, die in den Büchern eines großen Geschäftsunternehmens als nicht einkassierbar geführt werden. Diese fallen für die Vorbereitung eines Krieges durch Deutschland nicht ins Gewicht. Wie die deutsche Abrüstung heute steht, ist die Herkulesarbeit in weniger als zwei Jahren ausgeführt worden und es wurde damit jede frühere Schätzung übertroffen. Nur wenige Personen waren innerhalb Deutschlands zur Durchführung dieser Aufgabe notwendig. Diese besuchten alle Teile Deutschlands und prüften dauernd alle Entwaffnungsfragen während nahezu zwei Jahren. Sie sind in der Lage, eine autoritative Meinung zum Ausdruck zu bringen, die nicht angegriffen werden kann. Der Mittelpunkt der ganzen Entwaffnung liegt in der Artillerie und hauptsächlich in großen Kalibern. Die einstige glänzende deutsche Artillerie, eines der sieben Weltwunder vor Amerikas Eintritt in den Krieg, ist buchstäblich eingeschrotet, buchstäblich von der Erde geblasen, außer einer ganz kleinen Anzahl leichter Feldgeschütze, die den 100 000 Mann Reichswehr zugestanden wurden. 34 493 Kanonen wurden zerstört, es bleiben noch 21 zu verschroten. Von den Kanonen über 7,8 Zentimeter wurden 4136 übergeben, 4100 wurden zerstört, es bleiben also noch 36. Von Feldhaubitzen bis zu 10,5 Zentimeter wurden 8103 übergeben, 8101 wurden zerstört, bleiben also noch 2.

Die Zulässigkeit des U-Bootkrieges.

Die „Revue Militaire", das offizielle Organ des französischen Marineministeriums, schreibt folgendes:

„Es ist höchste Zeit, mit allen irreführenden Meinungen über den Gebrauch der U-Bootwaffe durch Deutschland aufzuräumen. Der U-Bootkrieg war vollkommen gerechtfertigt, und das Gegenteil zu behaupten, ist nicht nur falsch, sondern schafft auch vom militärischen Standpunkt aus ein durchaus unzutreffendes Bild. Es ist ferner an der Zeit, mit dem Glauben aufzuräumen, als sei der Gebrauch der U-Bootwaffe durch die Deutschen mit den Gebräuchen des internationalen Kriegsrechts nicht zu vereinbaren gewesen. Diese während des Krieges irrtümlich verbreitete Ansicht könnte unserer nationalen Verteidigung für die Zukunft großen Schaden zufügen. Unter diesem höheren Gesichtspunkt muß rückhaltslos anerkannt werden, daß die deutsche Oberste Heeresleitung ihr gutes Recht vertrat, wenn sie sich der U-Bootwaffe als Mittel zur Erlangung des endgültigen Sieges bediente. Es muß daher mit allem Nachdruck darauf bestanden werden, daß trotz der während des Krieges laut gewordenen Einsprüche gegen den Gebrauch der U-Bootwaffe diese selbst, vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, unanfechtbar ist. Es ist auch vollkommen ungerechtfertigt, wie man im Anfang des Krieges immer glaubte, daß ein feindliches Handelsschiff vor der Torpedierung gewarnt werden müsse. Hier handelt es sich um grundsätzliche Fragen des Kriegsrechts, über deren Auslegung bei denen nicht der geringste Zweifel bestehen sollte, die die Verantwortung für die Leitung eines Krieges übernommen haben. Nach allem kann aber nur anerkannt werden, daß die Verwendung der U-Bootswaffe als entscheidender Faktor im verflossenen Weltkriege in jeder Weise korrekt gehandhabt worden ist."

Man sieht, man kann also auch anders. Während des Krieges ertönte in der ententistischen Presse Jammern und Wehklagen über die Unmenschlichkeit der Hunnen, weil die gefährliche Waffe des U-Bootes in der Hand der Deutschen war. Heute denkt man aber ganz anders, weil man die jetzt auf einmal menschlich gewordene Unterwasserkriegsführung selbst für kommende Zeiten bereit halten möchte. Das Skandalöse in dieser Aeußerung des offiziellen Organs liegt vor allem darin, daß die französische Propaganda damals die ganze Welt mit ihrem Protestgeschrei gegen den U-Bootkrieg erfüllte und daß heute dessen Berechtigung proklamiert wird von einer Stelle aus, die damals wohl am lautesten mitprotestierte, als — Andere das taten, was sie getan hätte, wenn . . . . . !

Aus Elsaß-Lothringen.

TU. Straßburg, 29. Dez. Zur Beteiligung an dem großen Preis des französischen Automobilklubs, der im Sommer nächsten Jahres im Elsaß ausgetragen werden soll, ist eine Teilnehmerzahl von mindestens 30 erforderlich, darunter mindestens 10 französischen. Bisher sind erst neun Wagen zu dem Automobilrennen angemeldet worden.

TU. Straßburg, 30. Dez. Von den 30 000 Tonnen meist deutscher Munition, die in Elsaß und Lothringen zu zerstören sind, wurden bis jetzt ungefähr 22 000 Tonnen vernichtet. Die Zerstörung der noch übrig gebliebenen 8000 Tonen wird im nächsten Jahre beendet werden.

TU. Straßburg, 30. Dez. Auf der außerordentlichen Generalversammlung der französischen Ostbahngesellschaft wurde von dem Präsidenten des Verwaltungsrats mitgeteilt, daß die Einverleibung der elsaß-lothringischen Bahnen in das Netz der französischen Ostbahn vor der Verwirklichung stehe.

TU. Straßburg i. E., 31. Dez. Die französische Kammer hat die Aussprache über die Sequesterskandale, besonders bei den elsässischen Kaliminen zu Ende geführt. Bei der Debatte sprach u. a. noch der Abbee Wetterlee, der den Sequesterverwalter Helmer verteidigte und erklärte, dieser habe keine Gelder aus dem Propagandafonds erhalten, diese seien vielmehr zur Veranstaltung von Festessen für die Ingenieure benützt worden. Schließlich wurde mit 322 gegen 79 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung ein Vertrauensvotum ausgesprochen und die Einsetzung einer Untersuchungskommission verlangt wird. (Die ganze Debatte hat wenig Licht in die verwickelte Angelegenheit der elsässischen Kaliminen gebracht. Ob die „Untersuchungskommission" die Sache weiter klären wird, ist sehr zu bezweifeln.)

TU. Zusammenschluß der französischen Schwerindustrie. Im Interesse des Wiederaufbaus der Eisenindustrie findet gegenwärtig in Frankreich ein Zusammenschluß der Schwerindustrie zu einem großen Syndikat statt, das ein Riesenanlehen von 500 Millionen Franken ausschreibt.

TU. Neubreisach, 30. Dez. Bei Erdarbeiten in der Nähe der Eisenbahnlinie fand man das Skelett eines Sergeanten des 74. französischen Linieninfanterieregiments, der im 70er Krieg dort gefallen ist und begraben wurde.

TU. Saarbrücken, 31. Dez. Ueber die Krise in der elsaß-lothringischen Hüttenindustrie wird berichtet, daß der Koksmangel neuerdings beängstigende Formen annimmt. Verschiedentlich mußten die Hochöfen ausgeblasen werden.

TU. Saargemünd, 31. Dez. Die mannigfachen Zollhurtsteereien an den Grenzbahnhöfen Saargemünd und Forbach, bei denen der Zollfiskus um Millionen geschädigt wurde, hatten bekanntlich vor einiger Zeit zu der Verurteilung der schuldigen Zollbeamten aus Saargemünd und Forbach zu Millionengeldstrafen und Freiheitsstrafen geführt. Da die meisten Verbrecher rechtzeitig die Flucht ergreifen konnten, so waren die Urteile fast durchweg illusorisch. Jetzt ist es aber in Paris gelungen, einen Neger zu verhaften, der aufgrund seiner amerikanischen Ausweispapiere an den Durchstechereien besonders beteiligt war.

Die Kommunisten im Gefängnis.

Durch die deutschen Zeitungen geht tiefe Entrüstung über die Wirtschaft, die die bayrische Regierung in der Festung Niederschönenfeld duldete. Sie ließ sich die Kommunisten auf der Nase herumtanzen und Zustände einreißen, die aller Ordnung Hohn sprechen. Man erfährt aus der amtlichen Denkschrift, daß den Staatszerstörern ein eigener Garten angelegt wurde, daß sie in der Festung ein Leben mit Spiel und Gesang, mit Theater und Vorträgen führten, wie es Tausende und Abertausende in der Freiheit nicht haben. Die „Ehrenhäftlinge" — so verlangten sie angeredet zu werden — haben aus der Festung Niederschönenfeld beinahe ein Freudenhaus gemacht; sie lassen ihre „Cousinen", die eine bestimmte Tage haben, zu sich kommen. Die Häftlinge unterhalten einen regen Postverkehr, schreiben täglich 60—120 Briefe, lesen 350 verschiedene Zeitungen und erhalten wöchentlich 150 Pakete. Die verurteilten Staatsverbrecher gebärden sich in der Festung nicht wie Gefangene, sondern wie die Herren im Hause. Völlige Anarchie ist ihr Ziel Tag und Nacht. Was sie erfinnen können, um dem Anstaltspersonal und den nicht gesinnungsgleichen Mitgefangenen das Leben zur Höllenqual zu machen, das heken sie aus, scheuen vor gemeinsten Beschimpfungen und Bedrohungen, selbst vor Tätlichkeiten gegen Wärter und Mitgefangene nicht zurück. Unter sich entzweit sich die saubere Sippschaft immer wieder, um aber doch in Gemeinheiten sich zusammenzufinden. Hab und Gut der Festung und der Mitgefangenen ist vor den Nichtgrößen nicht sicher. Der Führer der Rebellen in Niederschönenfeld scheint der Edelanarchist Erich Mühsam zu sein. Was für ein netter Herr er ist, geht daraus hervor, daß von einer für Niederschönenfeld bestimmten amerikanischen Spende in Höhe von 20 000 M. Erich Mühsam und Frau für sich allein 19 500 Mark beanspruchten und lediglich 500 Mark zur Verteilung bringen wollte. Die Denkschrift vermittelt Stichproben aus dem Festungstagebuch Erich Mühsams. Da schreibt Mühsam von sich selbst, daß er kein Führer sein werde, sondern ein Auswiegler mit der Aufgabe, das ganze Gesindel von Führern endgültig zu entthronen und dem Volke selbst auf den Kutschbock zu helfen. Aus dem Tagebuch dürften folgende Sätze interessieren: „Wer nach unserer Befreiung versuchen wollte, die erregten Massen zu bremsen, würde selbst zerrissen werden . . Die Revolution hat die Schwäche gehabt, die Feinde des Proletariats zu schonen. . . . So wird die nächste Revolution: Zielklar und unerbittlich . . . Wir müssen bei der nächsten Revolution ganze Arbeit machen. Unsere täglichen Gespräche hier gehen um die Fehler, die früher gemacht wurden. Sentimentalität, Schlappheit waren die Hauptursachen der Niederlagen . . . . Hätte ich nicht die Hoffnung auf Rache — und die muß kalt genossen werden! — ich glaube, ich brächte doch zusammen, so aber bleibe ich fest . . . Die Katastrophe muß vollständig sein, die tollt gewordene Masse muß erst ihr Strafgericht halten, Hunger und Verwahrlosung müssen bis zur vollen Verzweiflung gediehen sein, so daß gar kein Kompromiß mehr hilft, dann können wir zugreifen . . . Das Proletariat erwartet von uns die Organisierung der neuen Revolution, inzwischen mag mit unserer Knebelung der Zorn des Volkes geschürt werden, je reifer die Frucht sein wird, um so besser wird sie schmecken . . . Das Chaos brauchen wir, um der Revolution durchzuhelfen . . . Kommt einmal die Stunde der Befreiung, sie wird furchtbar werden . . ."

In Niederschönenfeld zerstören die Häftlinge, was nicht niet- und nagelfest ist, zerfetzen die Anstaltswäsche, werfen gutes Brot in die Abortgruben, lassen auf die Posten Päckchen mit Menschenkot angefüllt an Bindfaden herunter, kurzum, treiben Dinge, die man ungestraft nur Irsinnigen hingehen lassen kann. Jede neue Seite der Denkschrift bringt neue Ungeheuerlichkeiten. Und auf Grund des Materials, das diese Leute dem Reichsjustizminister Radbruch zuzuschmuggel wissen, nimmt sich dieser der Häftlinge im Reichstage an und verlangt, daß ein Untersuchungsausschuß der harten Behandlung der Sträflinge durch die bayrische Regierung entgegentrete. Und die ganze linksstehende Presse bringt Klagelieder wegen dieser Märtyrer.

Vermischte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 1. Jan. Die Grippekrankungen unter denPostbeamten haben einen derartigen Umfang angenommen, daß das Postscheckamt nicht mehr in der Lage ist, alle Aufträge noch am Tage des Eingangs zu erledigen. — Das neue Operettentheater mußte seine erste Vorstellung wegen Grippeerkrankungen des Personals auf unbestimmte Zeit verschieben.

TU. Miesbach (Bayern), 30. Dez. Beim Kammerfensterln war der 28jährige Bauernsohn Leonhard Schäffler von Unterberg mit dem 17jährigen Dienstknecht Josef Steil von Reichersdorf zusammengestoßen. Zwischen den Burschen entspann ein Streit, in dessen Verlauf Schäffler von seinem Gegner totgestochen wurde.

Hagen i. W., 31. Dez. Die Polizei verhaftete einen Angestellten der Firma Krupp u. mehrere Helfershelfer, in dem Augenblick, als sie Zeichnungen von wichtigen Fabrikgeheimnissen an ihre Mittelsleute zum Verschachern an das Ausland übergeben hatten.

MTB. Berlin, 30. Dez. Mit Hilfe der Berliner Kriminalpolizei sind große Schiebungen beim Umsatzsteueramt des Landesfinanzamtes Groß-Berlin aufgedeckt worden. Drei Schatzsekretäre, die bei der Umsatzsteuerveranlagung Steuerpflichtige niedriger einschätzten und sich 20 Prozent des ersparten Steuerbetrages zahlen ließen, wurden verhaftet.

Hamburg, 31. Dez. In der Nordsee und an der dänischen Küste tobt seit 24 Stunden ein orkanartiger Sturm. Die Windstärke erreichte den höchsten Grad mit 10. Der Sturm hat auf See viele kleinere Schiffe überrascht. Zahlreiche Fischerboote und Segelschiffe werden vermißt und gelten als verloren. Alle Leuchttürme haben verschärfte Warnungen vor Sturm ausgegeben.

MTB. Wien, 30. Dez. Wie die Reichspost meldet, drangen gestern nachmittag in den Eisenbahnzug Oedenburg—Wien bald nachdem der Zug die Grenze passiert hatte und sich auf österreichischem Gebiet des Burgenlandes befand, sieben uniformierte Männer und forderten von den wenigen Reisenden die freiwillige Herausgabe der Papiere, der Koffer und des Geldes. Trotz des Protestes der Reisenden, worunter sich auch ein Ingenieur Zordan mit Gattin aus Berlin befand, wurden sie vollständig ausgeplündert. Jordan wurden dabei 75 000 Kronen sowie ein Kreditbrief auf eine Wiener Bank abgenommen.

— Zwei Bauern aus dem Badischen hatten in Köln an drei Personen, anscheinend Engländer, 180 Liter Schwarzwälder Kirschwasser verkauft. Die Käufer bezahlten mit drei Zehnpfundnoten der englischen Staatsbank. Das wären, das Pfund zu 7500 Mark gerechnet, 22 500 Mark, ein recht anständige Bezahlung, denn ein Liter stellte sich danach auf 125 Mark. Die Freigebigkeit der Käufer fand bald ihre Aufklärung. Als die Badener auf der Heimreise in Neuenahr ihre Noten einwechseln wollten, stellte es sich heraus, daß sie — falsch waren.

— Liebhaber zahlen für Ausstellungstiere oft große Preise. Noch größere Preise verlangen oft Tierbesitzer, die gar nicht im Ernst verkaufen wollen, aus Großmannssucht. So schreibt man von Weinheim: Bei der hier veranstalteten süddeutschen Zwerghuhn-Sonderschau wurde zum ersten Mal eine ganz neue Kreuzung, nämlich ein blauer Orpington-Hahn mit drei Hennen des Züchters Fritz Gerlach (Weicherode) gezeigt. Diese vier Tiere sollten einen Verkaufswert von zusammen 40 000 Mk. haben. Der Züchter Peter Dietz-Wixhausen verkaufte einen Zwergwandottehahn angeblich für 10 000 Mark. Weitere acht Zwerghühner wollte ein Ausländer, wie es heißt, für 100 000 Mark kaufen. Doch kam das Geschäft nicht zustande.

— Auf der Hamburger „Deutschen Werft" ist der letzte einer Reihe von vier 8000-Tonnen-Dampfern vom Stapel gelaufen. Mit diesem Stapellauf hat die Deutsche Werft in diesem Jahr den 21. Neubau zu Wasser gelassen mit einer Gesamttonnage von mehr als 84 000 Tonnen.

— In Oesterreich sind die Zustände ganz und gar trostlos. Das Münchener Tagblatt entnimmt einem Brief, der ihm zur Verfügung gestellt wurde, folgende Angaben: Ein Hemdkragen kostet 500 Kronen, ein Paar Schuhe 12 000 Kronen, ein Hemd 12 000 Kronen. Ein Laib Brot kostet nach Neujahr 500 Kronen, 1 Kilo Mehl 600 Kronen, ein Anzug 40—50 00 Kronen. Das ist annähernd das 1000fache des Preises von 1913. Dabei ist der Gehalt um das 70- bis 80fache gestiegen. Ein Kubikmeter Holz kostet 3200 Kronen. Die Gehaltsaufbesserung steht in keinem Verhältnis zur Teuerung. Tabak, Wein oder Bier, ebenso Fleisch sind für einen gewöhnlichen Menschen in Oesterreich Dinge wie der sagenhaften Bergangenheit. Ich bezieh[illegible] derzeit im Monat 57 000 Kronen, das sind, die im Mai zu 36 heutiger Kurs gerechnet, 1600 Mk., im Monat, am Weltmarkt gemessen: 50 Schweizer Franken oder 50 Friedenskronen. Um diesen Lohn arbeiten wir täglich 8 Stunden.

— Solch ein Hungerelend, wie jetzt in einem großen Teile Rußlands mitet, hat die Welt kaum erlebt, und es sind vor allem Deutsche, die ihm verfallen sind. Das alte Rußland zählte gegen drei Millionen Deutsche, überwiegend evangelischen Glaubens. Am Wolgastrom wohnten 750 000, im Schwarz-Meer-Gebiete 700 000, in Wolhynien 300 000, in Sibirien 100 000 usw. Der größere Teil bestand aus deutschen Bauern, Schwaben, Hessen, Bayern, Rheinländern, die in alten Zeiten, angelockt durch die Versprechungen des russischen Zaren, in die menschenleeren, verwahrlosten Gefilde eingewandert waren und sie zu wahren Kornkammern gemacht hatten. Rußland hatte an ihnen die besten Steuerzahler und die treuesten Untertanen. Sie hatten ihre gute deutsche Art und Sitte bewahrt. Schon von weitem erkannte man, was ein deutsches und was ein russisches Dorf war. In jenem erhob sich ein stattlicher Kirchturm, und jedes Kind ging in die Schule. Jetzt ist ein großer Teil dieser blühenden Kolonien dem Untergang geweiht. Die Mißernten der letzten Zeit und die Raubbauwirtschaft der Bolschewisten haben den Hungertod gebracht. Saratow a. S. ist voll von Bettlern, Männern, Frauen und Kindern mit hohläugigen Gesichtern, denen der Hunger aus den Augen stiert, daß es einem kalt über den Rücken geht, und besonders schmerzlich ist: es sind fast ausnahmslos Deutsche. Es ist ein unterbrochenes Totengelände in den Kolonien an der Wolga. Im Gouvernement Samara sind schon ganze Dörfer entvölkert.

Versammlung der Pfalzbankaktionäre.

TU. Mannheim, 29. Dez. Die Führer der Interessenvereinigung von Aktionären der Pfälzischen Bank hatten eine Versammlung einberufen, die von etwa 300 Personen besucht war. Rechtsanwalt Dr. Arnold teilte bei der Berichterstattung über die bisherigen Maßnahmen nach dem Zusammenbruch der Pfalzbank mit, die Gerüchte, daß die Verluste größer sein werden als von der Direktion angegeben werde, seien ungerechtfertigt. Es könne keine Rede davon sein, daß die Verluste 500 bis 600 Millionen Mark betragen werden. Es müsse dankbar anerkannt werden, daß die Deutsche Bank die Situation auf Ersuchen der Pfalzbankdirektion gerettet hat, denn dadurch wurde der Konkurs vermieden. Die Deutsche Bank habe sich zu der Hilfsaktion aber nur durch nüchterne, rechnerische Erwägung leiten lassen. Was die Frage der Haftung, das Ausland für die Pfalzbankfusion zu interessieren, so könne darüber nur die Generalversammlung der Aktionäre maßgebend entscheiden. Erst wenn keine Aussicht bestehe, daß die Deutsche Bank und die Rheinische Kreditbank gewillt seien, der Aktionären eine angemessene Entschädigung zu gewähren, kämen Verhandlungen mit dem Ausland in betracht. Diese letztere Mitteilung wurde von der Versammlung mit großer Bewegung und mit Pfuirufen aufgenommen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde mitgeteilt, die Aussicht, die Pfalzbank auf eigene Füße zu stellen, sei äußerst gering. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß sich die Verluste auf ungefähr 340 Millionen aus dem Aktienkapital, den Reserven, dem Gewinn des laufenden Geschäftsjahrs und den Bankeinrichtungen gegenüberstehen.

Verkehrswesen.

Fahrpreiserhöhung auf den Kraftwagenpersonenpostlinien.

TU. Karlsruhe, 29. Dez. Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Die Kosten für alle zum Kraftwagenbetrieb erforderlichen Betriebsstoffe, für die Fahrzeuge und ihre Ersatzteile sind ebenso wie die Löhne des Kraftwagenpersonals in neuerer Zeit so gewaltig gestiegen, daß jeder Fahrtkilometer zur Zeit einen Aufwand verursacht, der über 100 Proz. höher ist, als im Oktober d. Js. Die erhebliche Verteuerung der Betriebsführung kann, wenn Betriebseinschränkungen vermieden werden sollen, nur durch eine angemessene Fahrpreiserhöhung einigermaßen ausgeglichen werden. Sollte dies in vollem Umfange geschehen, so müßten die derzeitigen Fahrpreise mindestens verdoppelt werden. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in Baden wird zunächst davon abgesehen, den andernorts bereits eingeführten Gebührensatz von 1 Mk. für den Tarifkilometer zu erheben. Im Einvernehmen mit dem benachbarten Württemberg wird vielmehr der Kilometersatz vom 1. Januar 1922 ab von 50 Pfg. vorerst auf 70 Pfg. erhöht. Für das Reisegepäck sind die neuen postordnungsmäßigen Gebührensätze zu entrichten. Ueber die Gebühren für Sonderfahrten mit Kraftwagen geben die Postämter Auskunft, denen die unmittelbare Aufsicht über die Kraftwagenpersonenposten übertragen ist.

Bei der allgemein bekannten Steigerung der Preise für sämtliche Gegenstände des täglichen Bedarfs u. angesichts der durch die Zeitungen bereits angekündigten abermaligen Heraufsetzung sämtlicher Gebühren für die Eisenbahn und Post darf erwartet werden, daß die Bevölkerung der Fahrpreiserhöhung Verständnis entgegen bringt, die Kraftwagenlinien künftig mindestens in dem bisherigen Umfang weiter benutzen u. so an ihrem Teil beitragen wird, dem Lande dieses Verkehrsmittel zu erhalten und seinen weiteren Ausbau zu ermöglichen.

Die Erhaltung des Hohenstoffeln.

TU. Engen, 30. Dez. Wie wir schon berichteten, fand jüngst auf Veranlassung des Arbeitsministeriums in Verbindung mit dem Ministerium des Kultus und Unterrichts eine Besichtigung des Hohenstoffeln und des an ihm seit 1913 angelegten Basaltsteinbruchs statt. Daran schloß sich in Binningen eine Konferenz unter Leitung des Ministerialrats Stürzenacker, bei der etwa 20 Heimat- und Naturschutzvereine, ferner die Wasser- und Straßenbaubehörde, die Geologische Landesanstalt, das Gewerbeaufsichtsamt und das Basaltwerk vertreten waren. Nach einem über die Konferenz ausgegebenen amtlichen Bericht läßt sich aufgrund der Besichtigung nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß der vor zwei Jahren aufgetretene Erdrutsch eine Folge des Steinbruches ist, es steht aber fest, daß, wenn die Gewinnung von Basalt in energischer Weise künftighin weiter befördert und an einer bestimmten Stelle des Berges der Ausbeutung nicht Einhalt geboten wird, von der Bergkuppe samt der auf ihr stehenden Ruine später nichts mehr zu sehen sein wird. Von den Vertretern des Basaltwerkes wurde die wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung des Unternehmens für Deutschland in den Vordergrund gestellt. Die Genehmigung zur Ausbeutung des Steinbruchs ist einstweilen an Bedingungen geknüpft, die vorläufig die Gewähr dafür bieten, daß der Berg in seiner ihm eigentümlichen Form samt Ruine erhalten bleibt. Es wird geprüft, in welcher Weise sich die dauernde Erhaltung des Hohenstoffeln erfüllen lassen wird.

Aus Baden.

Ausübung der Jagd durch Ausländer.

Die Ausstellung von Jagdpässen für Ausländer ist mit Wirkung für das Jagdjahr 1922 nunmehr derart geregelt, daß Ausländern, die ihren Hauptwohnsitz nicht im Reichsinland haben, soweit sie nicht bereits Jagdpächter sind, allgemein keine Jagdpässe mehr ausgestellt werden.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich für zahlreiche badische Gemeinden des oberen Rheintals aus dem Anwachsen ihrer in Schweizer Währung eingegangenen Verbindlichkeiten ergeben haben, machte jedoch für sieben Bezirksämter des Oberlandes eine Ausnahme notwendig: Es ist den Bezirksämtern Bonndorf, Engen, Kostanz, Lörrach, Säckingen, Schopfheim und Waldshut die Ermächtigung erteilt worden, solchen nicht im Reichsgebiet wohnenden Schweizern, die im Amtsbezirke eine Jagd pachten wollen, einen Jagdpaß auszustellen, wenn der Jagdpachtzins mindestens zur Hälfte in Schweizer Währung nach dem Vorkriegskurs (1 Mk. = 1,25 Franken) entrichtet wird. (Karlsr. Ztg.)

Gegen die badischen Schwarzbrenner.

— Sasbach, 30. Dez. Bei dem Friseur Joseph Schuh hier ist von Zollbeamten eine in vollem Betrieb befindliche Geheimbrennerei ausgehoben worden. Vorgefunden wurden 15 Liter heimlich erzeugten Branntweins, außerdem 600 Liter Strupmaische, sechs Faß Strup und 25 Sack Schnitzel. Ferner wurde bei dem Strafenwart Andreas Pfeiffer in Obersasbach durch Zollbeamte eine Geheimbrennerei entdeckt, wobei 30 Liter Branntwein beschlagnahmt wurden. Beide Brenner sehen ihrer strengen Bestrafung entgegen.

TU. Altschweier b. Bühl, 31. Dez. In der Nacht zum 29. Dezember fand hier abermals eine Razzia auf Schwarzbrenner statt, nachdem erst vor kurzem eine solche schwer belastendes Material gegen eine Reihe von Einwohnern zu Tage gefördert und vor einigen Tagen ein kleines Kontrollaufgebot von Steuerbeamten in der Rohrhirschmühle bedroht und beschimpft worden war. Das Anwesen der Brüder Rohrhirsch ist einer der Hauptherde der Schwarzbrennerei. Die letzte Kontrolle hatte schon große Mengen unerlaubten Materials zu Tage gefördert und durch die neueste Kontrolle wurde ein Lager von nicht weniger als 70 Zentner Zucker aufgedeckt. Die Mühlenbewohner benahmen sich wieder in der unverschämtesten Weise. Sie beschimpften die Beamten, die den Zucker auf Lastkraftwagen nach Bühl bringen ließen. Sobald es Tag geworden war, wurden im ganzen Dorfe sämtliche Brennereieinrichtungen geschlossen und versiegelt. Sämtlichen Brennereien in Altschweier ist auf Anordnung des Landesfinanzamtes das Brennrecht auf unbestimmte Zeit entzogen worden.

* * *

TU. Karlsruhe, 30. Dez. Die zurückgekehrten Avignon-Kriegsgefangenen waren am Donnerstagabend vom Stello. Staatspräsidenten Justizminister Trunk zum Tee und einem kleinen Imbiß in seine Wohnung geladen. Der gemütvollen Veranstaltung wohnten u. a. auch Arbeitsminister Dr. Engler, Major Müller als Leiter der amtlichen Kriegsgefangenenstelle, sowie Vertreter von Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmern bei. Nach dem Dank an den Gastgeber und seine Gemahlin durch Major Müller nahm einer der Kriegsgefangenen das Wort und gab seiner Freude und seinem Erstaunen Ausdruck, daß sie bei ihrem Wiedereintritt in das Deutsche Reich im Lande Baden so gut bewirtet und aufgenommen worden seien; sie würden dies unserem Lande nicht vergessen. Dieser herzliche Empfang erleichtere ihnen auch den Uebergang in die für sie neuen Verhältnisse. — Am Freitag reiste der größte Teil der Heimgekehrten in ihre Heimat; zwei ehemalige Gefangene sind bereits gestern abgereist.

TU. Karlsruhe, 30. Dez. Altmeister Dr. Hans Thoma ist seit einiger Zeit leider bedenklich erkrankt. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen Anlaß.

TU. Pforzheim, 31. Dez. Nach dem städtischen Voranschlag sind nur drei städtische Betriebe in der Lage, Ueberschüsse abzuliefern und zwar das Wasserwerk 100 000 Mk., das Elektrizitätswerk 1 Million Mark und das Gaswerk 1 300 000 Mark, alle übrigen Betriebe erfordern so hohe Zuschüsse, so daß die Verpflegungsgelder im Krankenhaus, die Badepreise, die Gas-, Strom- und Wasserpreise wiederum erhöht werden müssen. Der ungedeckte Aufwand beträgt 15,5 Millionen Mark; zu seiner Deckung ist die Erhöhung der Umlage aus dem Liegenschafts- und Betriebsvermögen von 1,62 Mk. auf 2 Mk. von je 100 Mark Steuerwert notwendig.

TU. Heidelberg, 31. Dez. Der Bürgerausschuß sprach sich gestern abend gegen die Stadtratsvorlage aus, die eine Beteiligung der Stadt an einer zu gründenden Aktiengesellschaft zur Ausnützung der neuerbohrten Radium-Thermalquelle wünscht. Es war die Errichtung eines Hotelkurbades, eines Volksbades und die Errichtung eines Kurgartens vorgesehen. Der Bürgerausschuß hatte Bedenken gegen die Form der Aktiengesellschaft und die Beteiligung der Stadt an einer solchen. Er wünschte baldige Einbringung der Vorlage auf anderer Grundlage, da er durchaus für die größtmögliche Verwendung des Wassers für Heilzwecke sei. Man hofft, daß sich ein Ausweg durch Verpachtung der Quelle finden lassen wird.

TU. Mannheim, 30. Dez. Die Polizei hat einen 31jährigen ledigen Kaufmann aus Graz verhaftet, der wegen Betrugs in Höhe von mehreren Millionen Kronen zum Nachteil des österreichisch. Staates verfolgt wird. — Im Verlaufe eines Wortwechsels feuerte der 37jährige Dreher Heinrich Baumbusch auf einen Wickler und einen Malermeister aus einer Armeepistole sechs scharfe Schüsse ab. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und der Täter von seinen Gegnern überwältigt und festgenommen.

TU. Furtwangen, 30. Dez. Zu dem Brand in der badischen Uhrenfabrik A.-G. wird noch berichtet, daß durch das Feuer die Werkstatt für Uhrenzifferblätter und die Flaschenerei, sowie die Kartonagenabteilung vernichtet worden sind. Nur die Mauern dieser Gebäulichkeiten stehen noch. Der Schaden ist erheblich. Der Betrieb der Fabrik ist nicht gestört.

TU. Staufen, 30. Dez. Durch zwei 12jährige Knaben wurden das Reb- und Bienenhaus des Geschäftsführers Erb in Brand gesteckt und zerstört. Der Schaden dürfte über 15 000 Mk. betragen.

TU. St. Blasien, 30. Dez. Die Bürgermeisterämter des Amtsbezirks St. Blasien hatten sich mit dem Antrag an die badische Regierung gewandt, den Bau der Bahnstrecke Altlifes—Seebruck zu beschleunigen und die Weiterführung der Bahn bis St. Blasien umgehend in Angriff zu nehmen. Die Eisenbahngeneraldirektion hat daraufhin mitgeteilt, daß die Vorarbeiten für die Reststrecke Seebrugg-St. Blasien zurzeit ausgeführt werden, daß aber vor Vollendung der jetzt im Bau befindlichen Teilstrecke mit dem Bau der Reststrecke nicht gerechnet werden kann.

TU. Insel Reichenau, 1. Jan. Der Wasserstand des Bodensees wird immer ungünstiger. Zum dritten Male innerhalb eines Jahres sind die kleineren Inseln des Untersees, wie Straßenrain, Stubltrain und Brettenstein zum Vorschein gekommen. Das dreimalige Erscheinen der Inseln gehört zu den größten Seltenheiten.

TU. Konstanz, 30. Dez. Der niedrigste Stand des Bodensees war im vorigen Winter 2,46 Meter. Der Wasserstand beträgt heute kaum mehr als 2,60 Meter und da ausgiebige Regenfälle bisher ausgeblieben sind, muß damit gerechnet werden, daß der Wasserstand im Laufe der Monate Januar bis März noch ganz bedeutend zurückgehen wird.

Zur gefl. Beachtung.

Unsere geschätzten Mitarbeiter, Agenten, Inserenten und sonstigen Geschäftsfreunde machen wir auf die ab 1. Januar eintretende Porto-Erhöhung besonders aufmerksam: Briefe kosten von dem 1. Januar, also vom Sonntag ab 2 Mk., Postkarten 1.25 Mk. Drucksachen bis zum Gewicht von 50 Gramm 50 Pfg.

Redaktion und Verlag der „Breisgauer Nachr." Emmendingen.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* Emmendingen, 2. Jan. Die Ueberleitung vom alten aufs neue Jahr vollzog sich in den letzten Tagen in der Natur in etwas stürmischer Weise, denn der Wind fegt mit wenig Unterbrechung mit Heftigkeit durch die Lande und macht den Aufenthalt im Freien ungemütlich. Der Aufruhr in der Natur erinnert daran, daß das ganze scheidende Jahr politisch bewegt und unfreundlich war. Möchte das neue Jahr 1922 ein besseres als das alte werden und Ruhe nach dem Sturm bringen.

-i- Emmendingen, 2. Jan. Mit einer Frechheit ohne Gleichen, werden hier in letzter Zeit Fahrräder gestohlen, in 14 Tagen deren vier. Am Freitag gegen Abend kam ein solches vor der Eisenhandlung Falk abhanden und gestern morgen wurde sogar das Rad eines Briefträgers, aus dem Hofe des Postamts heraus, gestohlen. Also Radfahrer Vorsicht!

Durch das Abschießen von Leuchtraketen in der Rheinstr. geriet in der Neujahrsnacht im Dreikönighof auf einem Wagen befindliches Stroh in Brand. Da man gleich das Feuer bemerkte, konnte noch rechtzeitig größerer Schaden verhütet werden. Man muß sich übrigens wundern, daß durch den Unfug des Neujahrschießens nicht noch mehr Unheil angerichtet wurde.

* Emmendingen, 2. Jan. Oekonomierat Bach, früher in Emmendingen, jetzt im Ruhestand in Rohrbach bei Heidelberg, tritt am 9. Januar in sein 70. Lebensjahr ein. Wir freuen uns, daß der um die Förderung des heimischen Obstbaues hoch verdiente und im ganzen Lande wohl bekannte Oekonomierat Bach so rüstig und geistig frisch dieses hohe Lebensalter erreicht hat und wünschen dem Jubilar noch lange Jahre gute Gesundheit und frohen Lebensmut.

TU. Hinaufsetzung der Wohnungsabgabe auf 50 Prozent der Friedensmiete? Wie verlautet, besteht die Absicht, für das Jahr 1922 die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues auf 50 Proz. der Friedensmiete von Ländern und Gemeinden zusammen zu erheben, da nach den Schätzungen des Reichsarbeitsministerium aus der Abgabe für 1922 ein Betrag von mindestens zwei Milliarden aufzubringen sein wird, der unter Berücksichtigung der Erhebungskosten und der voraussichtlichen Ausfälle etwa 40 Proz. der Friedensmiete betrüge.

— Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Verschiedene kriminelle Vorfälle der letzten Zeit haben das Ministerium des Innern veranlaßt, den Bezirksämtern, besonders auch in den ländlichen Bezirken, eine schärfere Kontrolle der umherziehenden Personen, wie Landstreicher, Zigeuner usw., zur Pflicht zu machen. Wo dringende Gründe der öffentlichen Sicherheit es erforderlich machen, soll in stärkerem Maße, als bisher, auch Gruppenpolizei herangezogen werden, die, wenn nötig, durch berittene Polizei oder Radfahrerstreifen zu unterstützen sein wird. Die angeordnete schärfere Kontrolle hat sich auch auf solche Personen zu erstrecken, die auf unredliche Art und auf Kosten anderer mühelos leben wollen und dazu vor schweren Untaten nicht zurückschrecken.

TU. Zur Gewährung von Baudarlehen wird in einem amtlichen Artikel gegenüber Auslassungen in der letzten Vorstandssitzung des Badischen Städteverbandes ausgeführt, das Arbeitsministerium sei bei der Verteilung von Landesmitteln für Gewährung von Baudarlehen stets davon ausgegangen, daß die Verteilung nach Maßgabe des Bedürfnisses zu erfolgen hat, daß aber bei der Verteilung auch ein Ausgleich zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Gemeinden zu erfolgen hat. Die bisher vorgenommene Verteilung von 210 Millionen Mark sei nur eine vorläufige. Die Bestrichtung, daß die Städte nicht einmal die Hälfte ihres Aufkommens erhalten würden, wird als unzutreffend bezeichnet.

TU. Strafbare Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit. Zu der in letzter Zeit in der Presse vertretenen Ansicht, daß sich Unternehmer, die ihre Arbeiter mit deren Zustimmung länger als 8 Stunden täglich beschäftigen, nicht strafbar machen, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß sich diese Darstellung auf ein Urteil des Reichsgerichts bezog. Dieses Urteil bringe aber lediglich zum Ausdruck, daß sich bei Ueberschreitung der zulässigen Arbeitszeit nicht der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber strafbar mache. Die aus dem Urteil gezogenen Folgerungen sind also unrichtig; nach wie vor ist jeder Arbeitgeber strafbar, der ohne besondere behördliche Genehmigung Arbeiter über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt.

TU. Neuregelung des Rangierwesens. Um dem empfindlichen Mangel an Eisenbahnwagen zu steuern, beabsichtigt das Reichsverkehrsministerium eine Neuregelung des Rangierdienstes durchzuführen. Es sollen für die Rangierer gewisse Prämien ausgesetzt werden, um die einlaufenden Güterwagen schnellstens zu den Entladestellen zu bringen und sie dann unverzüglich wieder in den Verkehr zu leiten. Ebenso sollen Belohnungen für möglichst pflegliche Behandlung des Wagenmaterials und für weitgehende Verhinderung von Unfällen ausgesetzt werden.

Letzte Meldungen.

Einigung mit den Eisenbahnern.

Berlin, 31. Dez. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Abschluß eines Uebereinkommens zwischen Eisenbahnverwaltung und Organisationen ist gesichert, und zwar ohne daß die Regierung zurückzuweichen genötigt war. Weiter erfährt die „N. P. C.", daß in der Abendsitzung die Formulierung eines Einigungsbeschlusses erfolgen wird.

Reichskanzler über das neue Jahr.

MTB. Freiburg, 31. Dez. Zur Jahreswende veröffentlicht die Freiburger Tagespost Darlegungen des Reichskanzlers Dr. Wirth, in denen es zum Schluß heißt: Die Beratungen der letzten Wochen lassen die Hoffnung erstehen, daß der Wille unter den Völkern zur positiven Zusammenarbeit allmählich im Wachsen begriffen ist. Aber es werden gewaltige Hemmungen noch zu überwinden sein, ehe das Riesenproblem der friedlichen Erneuerung und des fortschrittlichen Schaffensausgleiche gelöst werden wird. Es bedarf der Einsetzung der ganzen Kraft des positiv-demokratischen Volkes, um diese Hemmungen zu überwinden. Insofern werden die großen Probleme, die am politischen Horizont aufgetaucht sind, wesentlich eine Probe auf die schaffende Kraft des demokratischen Gedankens bedeuten. Dabei werden wir uns keiner Täuschung hingeben dürfen, daß auch bei der Verständigung unser Weg in der Zukunft sehr schwierig, rauh und steil sein wird. Aber, was wir hoffen, ist das, daß der Weg trotz allen Beschwerden gangbar sein möge. An dem guten Willen Deutschlands, seinerseits zur Hebung der Schäden beizutragen, wird es nicht fehlen. Er kann als einer der wichtigsten Faktoren eingesetzt werden, wenn es gilt, die großen Weltfragen der wirtschaftlichen Erneuerung zu lösen.

Vom Weihnachtsmarkt.

— Die Berliner Ladeninhaber sind mißvergnügt, das Geschäft vor den Feiertagen war politisch schlecht. In der Konfektion, in der Wäschebranche, in den Geschäften für Luxus- und Galanteriewaren, selbst in Kolonialwaren- und Spielwarengeschäften war die Kaufkraft erheblich geringer als sonst. Ueberall blieben Rückstände trotz an und für sich schon geringeren Vorratsmengen. Und der Grund? Nur die hohen Preise, die die große Masse des Bürgertums, die Angehörigen nicht nur des alten, sondern auch des „neuen" Mittelstandes einfach nicht mehr bezahlen können. Alles, was früher zum Weihnachtsfest gehörte, Mandeln, Rosinen, Feigen, Apfelsinen, Marzipan, Honigkuchen, selbst Aepfel und Nüsse, sind so fürchterlich teuer geworden, daß sie höchstens in Viertelpfunden gekauft werden können. Von Karpfen, frischen Butter, Eiern gar nicht zu reden. Gänsebraten dürfte in kinderreichen Familien kaum mehr bekannt sein. Selbst in den „Lüßen Läden" war der Verkehr viel geringer als früher, ebenso in den Papiergeschäften, und die einzige Hoffnung der Weinhändler ist der Silberabend. Eine Ausnahme sollen die Tabakgeschäfte gemacht haben: für Zigarren, Zigaretten und Tabak war wohl noch Geld da. Außerdem sind sie so bequeme und stets gern genommene Geschenkartikel . . . . Eine frohe Botschaft ist für die Kreise der „neuen Reichen" kurz vor dem Fest noch kund geworden: es gibt wieder Kaviar in Berlin! Nicht den „Ersatz", der so täuschend sich „Astrachaviar" nennt und so aussieht, als wenn Heringsrogen und Stiefelwichse innig gesellt sind, sondern richtigen, echt russischen Kaviar. Es soll das Gramm 12 Mark

---

Das Geheimnis vom Brintnerhof

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberschutz 1918 durch Greiner u. Comp., Berlin W. 30).

4) (Nachdruck verboten.)

„Keine frohe Stunde kann ein haben, so lange der Alte lebt", sagte sie. „Sie werden schon sehen, Frau Glöckl, das nimmt auch noch einmal kein gutes Ende zwischen dem und uns! Mein Mann hat's auch gesagt."

Die Glöckl wollte ablenken, sie begann über die Enge ihrer Wohnung zu klagen, die sich, seit ihr Bruder bei ihnen wohne, immer unangenehmer fühlbar mache.

„Ein Zimmer und ein Kabinett — was ist denn das für drei Personen, wo ich tagsüber die Stube für die Nähmädchen brauche und das Kabinett für Kundinnen zur Anprobe? Mein Mann und Konrad brummen jeden Tag, daß sie ihr Mitt

kosten! Das heißt, ein Pfund dieser „Feinkost", die früher mit 20 Mark bezahlt wurde, kostet 8000 Mark — immerhin sollen die zahlungsfähigen Kaviarfreunde in Menge vorhanden sein, die den Herrtransport im Flugzeug durch den Extrapreis bezahlen müssen. So ist in diesen Kreisen ja alles da; Hummern und Ananas gabs schon längst, nur eben der Kaviar fehlte. Nun kann getrost das neue Jahr beginnen, so also die letzten Kriegsnachwehen überwunden sind. . . .

Mitteilungen der Handelskammer Lahr

Lahr, 30. Dez. Im Steuerausschuß des Reichstags ist bei den Beratungen über die Abänderung des Umsatzsteuergesetzes der Antrag gestellt worden, die einem Revisionsverband angehörenden Genossenschaften von der Umsatzsteuerpflicht zu entheben, soweit der Umsatz aufgrund eines der Zweckbestimmungen der betreffenden Genossenschaft entsprechenden Geschäftsabschlusses getätigt worden ist. Dieser Antrag, der in erster Lesung bereits angenommen wurde, läuft auf eine nicht zu rechtfertigende steuerrechtliche Bevorzugung der Genossenschaften hinaus, die sich durch die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Genossenschaftswesens niemals begründen läßt. Mit dem Antrag ist der gewerbsmäßige Handel, dessen volkswirtschaftliche Funktionen und Aufgaben man ganz offenbar verkennt, mit einer Benachteiligung bedroht, deren Folgen heute noch nicht abzusehen sind. Die Handelskammer hat unter Darlegung der Verhältnisse und unter Hinweis auf die große Bedeutung, die dem Handel für den wirtschaftlichen Güterkreislauf in der heutigen Volkswirtschaft mit den vielgestaltigsten Verbraucherbedürfnissen zukommt, sich mit einer Eingabe an den Deutschen Reichstag gewandt, mit dem Ersuchen, von einer so weitgehenden steuerrechtlichen Vorzugsbehandlung absehen zu wollen. — Die allgemein sich geltend machende Brennstoffknappheit hat auch in unserem Bezirk einen Grad erreicht, der befürchten läßt, daß wenn die Versorgung nicht ausgiebiger wird, dann in absehbarer Zeit Betriebseinschränkungen unvermeidlich sind. Ein großer Teil der Betriebe vermag nur deshalb noch weiter zu arbeiten, weil im Sommer rechtzeitig daran gedacht wurde, Kohlen auf Vorrat zu legen. Aber auch diese Mengen sind bereits stark zusammengeschmolzen. Um die Kohlenversorgung für den Bezirk wenigstens so zu bessern, daß Stillegungen während des Winters vermieden werden können, hat sich unter ausführlicher Darlegung der Notlage die Handelskammer an den Badischen Industrie- und Handelstag mit dem dringenden Ersuchen gewandt, bei den zuständigen Stellen, vor allem bei der Generaldirektion und dem Reichsverkehrsministerium dahingehend vorstellig zu werden, daß der mittel- und oberbadische Industriebezirk hinreichend versorgt wird.

Handel und Verkehr.

— Das Süddeutsche Sportblatt, das bisher im Verlag der „Badischen Presse" erschienen ist, wird vom 1. Januar ab nicht mehr erscheinen. Die Maßnahme ist auf die gewaltige Steigerung der Material- und Papierpreise und die enormen Ausgaben für die Fernsprechgebühren und die Löhne für die bei einem Sportblatt notwendige Sonntagsarbeit zurückzuführen, so daß die Ausgaben auch bei einer 100proz. Erhöhung des Bezugspreises in keinem Verhältnis mehr zu den Einnahmen stehen würden. Die in Berlin erscheinende Zeitung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen „Stadion" gibt in ihrer Nummer vom 23. Dezember ebenfalls bekannt, daß sie infolge der neuerlichen Erhöhung im Post- und Telegraphenverkehr gezwungen ist, die Weiterlieferung des Blattes einzustellen.

TU. Brown, Boveri u. Cie., A.-G., Mannheim-Käferthal. Die Generalversammlung hat die Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag bis zu 60 Millionen durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stammaktien im Nennbetrag von je 1000 Mark genehmigt. Ueber die Aussichten wurde mitgeteilt, daß der Geschäftsgang im allgemeinen ein guter sei und daß die Gesellschaft mit Aufträgen versehen ist. Nach Durchführung der Kapitalserhöhung beträgt das Grundkapital der Gesellschaft nunmehr 175 Millionen Mark.

Briefkasten.

Nr. 100 in W. Sprechen Sie einmal gelegentlich bei uns vor, wir wollen Ihnen dann die neue Steuerberechnung erklären. Dies im Briefkasten zu tun, haben wir keinen Platz.

Nach Heklingen. Eine Erhöhung des Pachtpreises bei der Zahlung an Martini für das verflossene Jahr brauchen Sie selbstverständlich nicht anzuerkennen. Wenn Sie den Acker auf mehrere Jahre gepachtet hatten und keinen schriftlichen Vertrag haben, hätte Ihnen der Acker am 1. Juli d. J. auf Jahresschluß gekündigt werden können. Da dies aber nicht geschehen ist, brauchen Sie den Acker auch nicht abtreten und können denselben somit auch im nächsten Jahr behalten.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vormals Dölter in Emmendingen. Gesellschaftsinhaber: Karl Eppig und Wilhelm Jundt Erben.
Verantw. Redakteur: Otto Leichmann Emmendingen.

Freiburger Stadttheater.

Montag, 2. Jan., abends 7½ Uhr, Ende 9½ Uhr: 2. Volks-Symphoniekonzert.
Dienstag, 3. Jan., abends 7 Uhr, Ende 9½ Uhr: Börsenfieber, Schwank in 3 Akten von Max Reimann und Otto Schwartz.
Mittwoch, 4. Jan., abends 7 Uhr, Ende 9½ Uhr: Cavalleria rusticana (Sizilianische Bauernehre), Oper in 1 Aufzug von Pietro Mascagni. Der Bajazzo, Drama in 2 Akten mit einem Prolog.
Donnerstag, 5. Jan., abends 6½ Uhr, Ende gegen 10 Uhr: Egmont, Trauerspiel in 5 Aufzügen von Wolfgang von Goethe.
Freitag, 6. Jan., nachm. 2½ Uhr, Ende 6 Uhr: Der Freischütz, romantische Oper in 3 Aufzügen von Carl Maria von Weber.
Freitag, 6. Jan., abends 7 Uhr, Ende 10 Uhr: Schwarzwaldmädel, Operette in 3 Akten von August Neidhart.
Samstag, 7. Jan., nachm. 3 Uhr, Ende 6 6 Uhr: Prinzessin Herzlieb (Kindervorstellung), Märchen in 7 Bildern von Erika Gruppe-Börchers.
Samstag, 7. Jan., abends 7 Uhr, Ende 9½ Uhr: Der Barbier von Sevilla, Oper in 2 Akten von Gioachino Rossini.
Sonntag, 8. Jan., nachm. 2½ Uhr, Ende 6 Uhr: Aida, Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi.
Sonntag, 8. Jan., abends 7 Uhr, Ende 10 Uhr: Der böse Geist Lumpacivagabundus od. Das liederliche Kleeblatt, Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Nestroy.

Conrad Lutz, Emmendingen
bekannt für
beste Ware, gute Auswahl, mässigen Preis

Amtliche Bekanntmachungen

Nr. 235 Maßregeln gegen Schafräude betr. Nachdem in dem Schafbestand des Landwirts Gustav Mieß in Teningen die Permanentpferde räude festgestellt worden ist, wird hiermit die Durchführung der Bestimmungen der §§ 248 bis 254 der Ausführungsvorschriften zum Viehs-Ges. (Hofner Seite 288 f.) angeordnet.
Emmendingen, den 29. Dezember 1921.
Bad. Bezirksamt.

Städtische Bekanntmachungen

Neujahrskarten haben ferner gelöst:
Meinacher Oskar, Kaufmann; Wörle Gustav, Schuhmachermeister; Hemm Josef, Krankenkassenbeamter; Bodenweber Karl, Blechnermeister; Bollrath Karl, Mühlenbesitzer; Bollrath Fritz, Mühlenbesitzer; Bollrath Ida, Bollrath Robert, Prokurist; Kramer Hugo Witw., Kranke G. Witw., Schmidt, Apotheker; Leilamann, Wilhelm Otto, Fabrikant; Hechrle Ida, Steinberg Otto, Direktor; Steinberg Gretel, Trotter Alfred, Kaufmann; Trotter Käthe; Kraus Egon, Obergeometer; Bollmar Oskar, Eisenbahninspektor; Kanzlei Emmendingen und Newyork; Rosswag Karl, Kaufmann; Rosswag Eugen, Kaufmann; Jeiter Karl, Friseur; Sexauer Karl, Holzhändler; Weit Leopold, Weit Louise, Albrecht Friedrich, Kaufmann; Dr. Hugo v. Tiszen, Arzt; v. Tiszen Anni, Eller Willy, Kaufmann; Bentenmeier Fritz, Sattlermeister; Peter Emil, Dentist; Mitt Anna Witw., Wagner Maria, Mitt Luise, Rehm Karl, Privat; Markhabler Wilhelm, Schuhmachermeister; Weit Simon; Weit Sofie. 1

Freibank Emmendingen.

Dienstag, den 3. Januar 1922, vormittags 9½ Uhr wird junges 12

Kuhfleisch

ausgehauen, das Pfund zu Mk. 7.—.

Hiermit beehren wir uns ergebenst anzuzeigen, dass wir in Offenburg eine
Werkstatt für Neu- und Umwicklung,
sowie Reparatur von Motoren, Transformatoren und Apparate unter dem Namen
Elekromotor
eröffnet haben. Der Betrieb steht unter der Leitung des Ingenieurs R. Scheirmann und werden wir die uns erteilten Aufträge auf das gewissenhafteste und prompteste zur Erledigung bringen.
Hochachtungsvoll
R. Scheirmann & Cie.
Offenburg, Werderstr. 2
Telefon Nr. 2.

ECHTE Walthorlus Hlentong-Essenz
extrastarke, m. feinst. Kräut. best. u. Zus. v. kib. Oel. 12 Fl. M. 30.-, bei 50 Fl. M. 75.- fr. o. inkl. Herst. Lab. E. Walther, Halle S.-Trotha 181.

Mittwoch, den 4. Januar
Schweine-Markt
in Ettenheim.

Zahn-Praxis
Norbert Ruh, Dentist
Freiburg i. B., Rosastr. 19
1 Minute vom Bahnhof
Spezialität:
Künstliche Zähne
ohne Gaumenplatte
Zahnbehandlung
Zahnziehen
nach schmerzloser Methode
Goldkronen
Goldplomben
Durch die Verwendung von nur besten Zähnen u. Materialien und meiner 23jährigen Fachkenntnisse gewähre ich auf alle Arbeiten mehrjährige Garantie 1537

Schrot- und Backmehlmühlen
Häcksler, Rübenschneider, Dreschmaschinen
mit und ohne Putzerei, für Hand- und Kraftbetrieb
wieder eingetroffen
Landw. Maschinen-Zentrale
Telefon 2087. Freiburg i. Br. Weisstr. 100.

Rheinische Creditbank
Niederlassung Emmendingen
Marktplatz
Aktienkapital u. Reserven 150 Mill. Mark
Fernsprecher Nr. 99 Telegr.-Adr.: Creditbank
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 34000.
Besorgung aller Arten Bankgeschäfte
Vermögensanlage und -Verwaltung.

Ich schweiße
defekte Guß- u. Eisenteile aller Art wie Kurbelw., Pumpen- u. Maschinenteile, Behälter u. dergl. Bedienung prompt. Einlieferung hat zu erfolgen an: Hch. Dreischer, Abtlg. Metallwarenfabr., Kreuzingen b. Freibg. Fernruf Staufen Nr. 5.

Ein jeder schlaue Kopf
der Geld sparen will
denke
gerade jetzt an der Zeit der steigenden Preise
an
den Einkauf und bestelle schnellstens
seine
ihm im Geschäft und zum Privatgebrauch fehlenden
Druckarbeiten.
Preisangebote m. Muster stets zu Diensten
Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter, Emmendingen.

400 M. Verdienst
in wenigen Stunden an einem Tage erzielte einer meiner Vertreter. Wer danach trachtet, durch Ausübung verschiedener Tätigkeiten Erwerb oder lohnenden Nebenverdienst zu erhalten, verlange gratis Prospekt. Viele Anerkennungen. P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig 823.

Ware wird teuer
ich aber bin imstande durch meine sehr günstigen Einkäufe noch zu staunend billigen Preisen folgendes abzugeben: 4645
Herren-Anzüge
in allen Farben, modern, getragen und neu
Sonntag- u. Arbeiterhosen gestreift, Manchester
Sonntag- und Arbeiter-Schuhe
genagelt und ungenagelt, getragen und neu
Waschloppen, Wäsche, Damenkleider.
Es versäume daher niemand diese Gelegenheit. Nur Ueberzeugung macht wahr. Grosser Umsatz, kleiner Nutzen. Fachmännische Bedienung.
Federbusch
An- und Verkäufsgeschäft
Freiburg i. Br. Adelhauserstr. 3

Die Neuwaschere
Phönix
wascht und bügelt
Kragen
Manschetten und Oberhemden
innerhalb 8 Tagen in tadelloser Ausführung
Annahmestelle:
Fritz Weintz
Emmendingen.

Sanitas-Wurmtee
wirkt Wunder! beseit. Blutsauger u. Schlarotzer, die Totengräber usw. Gesundheit **Sanitätsdrogerie Freiburg** Kur 8 Pat. 12 M. in Apoth. und Sanitas-Verlag Heidelberg 97.

Tannenes 6
Brennholz
hat abzugeben
Emil Mack
Gasthaus Löwen, Waldkirch.

Ein schwarzes
Mutterschaf
mit 2 Jungen, sowie ein 2-jährige 2
Ziege
ist zu verkaufen
Haus 137, Sexau-Dorf

Ein wachsamer 2
Hofhund
ist zu verkaufen.
Haus 48, Heimbach.

Landleute u. deren Gesinde
kauft nicht bei den Hausierern, sondern decke Euern Bedarf bei unsern Inserenten, dort habt ihr eine grosse Auswahl u. dabei die beste und billigste Ware.

Evang. Arb.-Ges.-Verein Emmendingen.
Morgen Dienstag abend 8 Uhr 1
Gesang-Probe
im Vereinslokal. Pünktliches vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht
Der Sangwart.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Fremdenpassagierbeförderung nach
SÜD AMERIKA
Brasilien
Argentinien
und anderen Staaten Südamerikas
Mexico : Cuba
Afrika : Ostasien
Reisegepäckversicherung
Lloyd-Luftdienst
Kostenlose Auskunft, Fahrkarten und Drucksachen durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und andere Vertretungen
in Emmendingen: W. Moosbrugger, Bahnhofstr. 15
in Breisach: Leopold Breisacher jung.
in Kiechlinsbergen: Hugo Vögele, Drogenhandlg.
in Herbolzheim: Oskar Gath.

Gesucht zum sofortigen od. späteren Eintritt ein braves ehrliches
Mädchen
bei guter Belohnung.
Gasthaus z. Krone, Köndringen.

Gesucht für 15. Jan. ein ordentliches, sauberes
Mädchen
zum Servieren. 1b
Hotel Sonne
Emmendingen.

Welches kind hat Lust und Liebe für die Sparkäfle Geld zu verdienen
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Wir engagieren allen Ortens 7460
Herren u. Damen
jeden Standes f. angenehme, auch nebenberufliche, Heimarbeit. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Hoher Verdienst wird von uns in bar bezahlt.
Zentralvertriebsstelle
Altona a. E.
Lessingstraße 36.

Ein kleines 7467
Landhaus
mit etwas Garten, welches sich zur Einrichtung einer kleinen Frauenpension eignet, in schöner Lage in nächster oder weiterer Umgebung Freiburgs für zwei ältere Damen (Fräulein oder a. d. Ohm) für sofort zu mieten gesucht. Späteres Kauf des Anwesens nicht ausgeschlossen.
Gefl. Angebote an die Kunsthandlung Schopf in Freiburg i. Br.

Geld in jeder Höhe sowie Hypotheken erhalt. Leute jeden Standes durch R. Werker, Heidelberg, Schließfach 13, Rückporto Mk. 2.—

Entlaufen ein deutscher 18
Schäferhund
wolfsgrau, kurzhaarig.
Marktplatz 5 (Laden) Emmendingen.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 24.— das Vierteljahr, durch die Austräger ins Haus Mk. 8.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreise: die einsp. Petitzeile oder deren Raum 1.20 Mk., bei öfterer Ueberholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 3 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 80 Mk.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1892.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung bei der Druckerei keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7383.

Nr. 2 — Emmendingen, Dienstag, 3. Januar 1922 — 57. Jahrgang.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 1. Jan. Im Reichsarbeitsministerium ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der eine Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung vorsieht.

WTB. Berlin, 2. Jan. Von unterrichteter Seite wird festgestellt, daß außer den bekannten Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark beträchtliche Zahlungen aus anderen Titeln des Versailler Vertrages hinzukommen. Dazu gehören Zahlungen aus dem Ausgleichsverfahren, ferner Schadenersatz für Maßnahmen gegen das feindliche Privateigentum in Deutschland. Die bei verschiedenen Schiedsgerichtshöfen eingeklagten Summen gehen schon jetzt in die Milliarden.

Zum Eisenbahnerstreik.

WTB. Berlin, 2. Jan. (Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin). Da die Wiederaufnahme der Arbeit heute morgen nur teilweise erfolgte, war der Zugverkehr der Stadt- und Ringbahn bei Betriebsbeginn sehr lückenhaft. Auf der Ringbahn konnte zunächst nur stündlich, später halbstündlich, ein Zug in jeder Richtung gefahren werden. Auf der Stadtbahn verkehrten gegen Mittag stündlich acht Züge in jeder Richtung. Der Vorortverkehr auf den nördlichen Strecken mußte durch die Fernzüge mitbedient werden. Auf den Vorortbahnen nach Bossen und Wannsee wickelte sich der Zugverkehr bis neun Uhr vormittags nur mit großen Unterbrechungen ab. In der Folgezeit gestaltete er sich regelmäßig. Der Verkehr auf den übrigen Vorortstrecken erfolgte im allgemeinen planmäßig. Mit der regelmäßigen Durchführung aller Züge wird erst am Abend gerechnet werden dürfen. Der Fernpersonenverkehr wurde planmäßig durchgeführt. Der Güterverkehr wird am Abend wieder voll im Gang sein. Die Ausführung geschlossener Kohlenzüge nach Berlin wird mit allen Kräften gefördert werden.

Berlin, 3. Jan. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat die Entschließung des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes, bei den Bezirksorganisationen für die schnellste Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten, den erwünschten Erfolg gehabt. In westlichen Streikgebiet ist ein großer Teil der Eisenbahner wieder zur Arbeit erschienen. Am Dienstag glaubt man den regelmäßigen Verkehr wieder aufnehmen zu können. Wie das „Tageblatt" meldet, sind in Dortmund, Hamm, Elberfeld und Köln bereits sämtliche Arbeiter wieder zur Arbeit erschienen. In Essen erwartet man für heute die Wiederaufnahme der Arbeit in vollem Umfange. Auch in Koblenz sind nach einer Meldung des Lokalanzeigers die Eisenbahnarbeiter ausnahmslos zur Arbeitsstelle zurückgekehrt.

WTB. Berlin, 1. Jan. Die beiden wichtigsten Punkte der im Eisenbahnerstreik zustandegekommenen Vereinbarung sind die folgenden:

Anstelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohntarifs tritt das vom Reichstag beschlossene Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten. — Die Streikfolge werden nicht bezahlt. Maßregelungen wegen Arbeitsniederlegung finden nicht statt. Vorbehalten bleibt die Verfolgung gewalttätiger Eingriffe in Verwaltung, Betrieb und Verkehr.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat bezüglich des Ausstandes der Eisenbahner einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß der erweiterte Vorstand der am 31. Dezember zustande gekommenen Vereinbarung unter der Voraussetzung zustimmt, daß sowohl die Ergänzungsverhandlungen zu der Vereinbarung als auch die am 5. Jan. beginnenden allgemeinen Verhandlungen eine durchgreifende Regelung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse für alle Orte bringen. Der Vorstand erwartet, daß die Mitglieder des Verbandes in allen Ortsgruppen Disziplin üben und den Dienst sofort wieder aufnehmen, soweit dies nicht schon geschehen ist.

WTB. Berlin, 1. Jan. Die Interalliierte Rheinlandkommission hatte den Wunsch ausgesprochen, daß Vertreter des Reichverkehrsministeriums in Coblenz mit ihr in der Angelegenheit des Eisenbahnerstreiks verhandeln möchten. Nachdem nun die drei Eisenbahnergewerkschaften und das Reichsverkehrsministerium eine gemeinsame Erklärung abgegeben hatten, daß über die Lohnforderungen der Eisenbahner in Berlin verhandelt werden solle, hat der Reichsverkehrsminister wohl zwei Kommissare nach Coblenz entsandt, die aber nicht mit der Rheinlandskommission verhandeln sollen, sondern nur als sachverständige Berater dem Fürsten Hatzfeldt zur Verfügung stehen sollen.

WTB. Breslau, 2. Jan. Der Eisenbahnerstreik ist heute nachmittag abgebrochen worden. Die Eisenbahndirektion hofft, bis abends 10 Uhr den vollen Betrieb sowohl im Güter- wie im Personenverkehr wieder aufnehmen zu können.

WTB. Köln, 2. Jan. Im Eisenbahndirektionsbezirk Köln ist die Arbeit heute morgen verabredungsgemäß im allgemeinen wieder aufgenommen worden.

WTB. Köln, 1. Jan. Die interalliierte Rheinlandkommission hat am 31. Dezember v. J. befohlen, daß das gesamte Personal der Eisenbahndirektionsbezirke Köln- und Elberfeld der interalliierten Feldeisenbahnkommission, Unterabteilung Köln- unterstellt wird. Der gesamte Personen- und Güterverkehr ist in vollem Umfang sofort wieder aufzunehmen.

WTB. Stuttgart, 1. Jan. Durch den Eisenbahnerstreik in Köln, Elberfeld und Essen sind die Kohlentransporte nach Süddeutschland völlig unterbunden. Nennenswerte Zufuhren auf dem Wasserweg sind wegen des niedrigen Wasserstandes nicht möglich. Falls die Wiederaufnahme des Verkehrs nicht bald erfolgt, würden schon in den nächsten Tagen die Elektrizitäts- und Gaswerke zum Erliegen kommen.

Sonstige Meldungen.

Hamburg, 2. Jan. Der Wechsel in der Handelsflagge hat sich im hiesig. Hafen in aller Ruhe vollzogen. Die am Sonntag morgen in See gegangenen deutschen Schiffe verliefen den Hafen mit der neuen Handelsflagge am Heck.

WTB. Belgrad, 2. Jan. Beim Statthalter von Dalmatien, Metlischtitsch, sprach der italienische Konsul vor und unterbreitete ihm schriftlich folgende italienische Forderungen: 1. die Zivilbehörden sprechen der italienischen Regierung ihr Bedauern über die Ereignisse in Sebenico aus; 2. alle Schuldigen werden streng bestraft; 3. die jugoslawische Regierung erläßt eine Kundgebung an das Volk, in der sie öffentlich ihr Bedauern über die Ereignisse in Sebenico kundgibt. — Diese italienischen Forderungen wurden von der Regierung abgelehnt.

WTB. Paris, 1. Jan. Die Agence Havas veröffentlicht unter dem 31. Dezember folgende Mitteilung: Die industriellen und finanziellen Sachverständigen Frankreichs, Englands, Italiens, Japans und Belgiens haben unter dem Vorsitz des Ministers Loucheur mehrere Aussprachen am Quai d'Orsay abgehalten. Die Beratungen haben zur Abfassung eines Planes geführt, der dem Obersten Rat in Cannes vorgelegt werden wird.

WTB. Paris, 2. Jan. Der Temps bringt heute eine außerordentlich pessimistisch gehaltene Betrachtung zur Jahreswende. Der außenpolitische Horizont Frankreichs sei mit dunklen Wolken verhangen. In England, Deutschland und Moskau denke man an eine neue Entente, deren Kosten Frankreich tragen solle. Die an die Eröffnung der Washingtoner Konferenz geknüpfte Illusion, daß die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich unabhängig von der Politik gegenüber England sei, sei sehr bald in sich zusammengebrochen. Eine Aenderung der außenpolitischen Lage könne nur durch eine Wandlung in den Beziehungen zwischen Frankreich und England herbeigeführt werden, die abhängig seien von der Lösung der Frage der U-Boote und des Reparationsproblems. Zur Lösung des Reparationsproblems bedürfe es in erster Linie umfangreicher Kreditoperationen, nicht nur um die deutschen Zahlungen zu ermöglichen, sondern um Deutschland und Oesterreich in den Stand zu setzen, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Die Frage sei, ob England gewillt sei, solche Kreditoperationen zu unterstützen und dadurch ihr Gelingen sicherzustellen. Die Kreditfrage, aber nicht die eines Moratoriums sei es, die das Reparationsproblem beherrsche.

WTB. Paris, 2. Jan. Wie Temps mitteilt, werden Briand und Lloyd George am Mittwoch und Donnerstag Vorbesprechungen haben. Die offizielle Tagung des Obersten Rates wird am Freitag den 6. Januar eröffnet werden. Der Hilfsdirektor für politische Angelegenheiten im Ministerium des Aeußern, Laroche, wird Briand nach Cannes begleiten.

WTB. London, 2. Jan. Die Sinnfeinerregierung veröffentlicht ein Dekret, wodurch die Auswanderung nach Amerika verboten ist.

WTB. London, 2. Jan. Infolge schweren Sturmwetters sind die Telephonverbindungen zwischen Frankreich und England unterbrochen.

WTB. London, 2. Jan. Im Bezirk Rohtak (Zundschab) ist es infolge der Verhaftung von Nationalisten zu Unruhen gekommen. Dabei wurden vier Personen getötet und 40 verwundet.

Die Entschädigung der französischen und englischen Staatsangehörigen.

WTB. Berlin, 31. Dez. Mit der englischen und der französischen Regierung sind zwei Abkommen über die Bezahlung der in großem Umfange erhobenen Schadenersatzansprüche von englischen und französischen Staatsangehörigen auf Anordnung außerordentlicher Kriegsmaßnahmen während des Krieges abgeschlossen worden. Die englische und die französische Regierung erklärten sich bereit, die von Deutschland anerkannten oder von den gemischten Schiedsgerichtshöfen festgesetzten Beträge aus den Erlösen der Liquidation deutschen Eigentums an ihre Staatsangehörigen zu zahlen. Hierdurch ist es ermöglicht, die Schadenersatzansprüche der Engländer und Franzosen aus Artikel 297 des Versailler Vertrages ohne große, neben der Reparationszahlung laufenden Bezahlungen abzudecken.

Die Verminderung der französisch. Bevölkerung

WTB. Paris, 30. Dez. Das Journal meldet, daß am 6. März bs. Js. die Gesamtzahl der französischen Bevölkerung 39 209 766 Einwohner betragen habe. Im Jahre 1911 betrug die Ziffer 39 604 992. Da indessen in der diesjährigen Ziffer die Einwohner von Elsaß-Lothringen mit 1 709 749 Köpfen mit enthalten sind, hat sich die Bevölkerung der 87 vor dem Kriege bestandenen Departements um 2 104 977 Köpfe vermindert.

Die deutschen Auslandsguthaben.

W.W. Die Unterredung zwischen Briand und Lloyd George vor Weihnachten in London hat zwar noch keine praktischen Vorschläge für die Neuordnung des Reparationsprogrammes zutage gefördert, dafür aber in Rom und vor allem in Brüssel ernste Besorgnisse hervorgerufen. Man ist in den beiden Ländern mindestens ebensosehr an den deutschen Zahlungen interessiert, wie in Frankreich oder gar in England. Die Furcht, vor mehr oder minder vollendete Tatsachen gestellt zu werden, hat in belgischen Regierungskreisen den Entschluß reifen lassen, eigene Ideen zur Lösung der Reparationsfrage vorzubringen. Wie die französische Zeitung „Intransigeant" berichtet, haben belgische Sachverständige eine Denkschrift ausgearbeitet, in der die Erfassung der deutschen Auslandsguthaben zur Tilgung der nächsten Raten vorgeschlagen wird. Dieser Vorschlag würde an den viel erörterten Paragraphen 18 zu Anlage 2 des Teiles 8 des Versailler Vertrages anknüpfen. Dieser Paragraph legt Deutschland auf „wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln, überhaupt solche Maßnahmen, welche die alliierten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten, nicht als feindlich Handlungen betrachten" darf. Solche Maßnahmen sollen verhängt werden dürfen, wenn Deutschland „vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt". Bekanntlich hat England als erste Reparationsmacht darauf verzichtet, diesen Paragraphen 18 in Anwendung zu bringen. Der Grund für diesen Verzicht war der Wunsch, London als bevorzugten europäischen Geldplatz wiederherzustellen. Man hatte eben in England die Erfahrung gemacht, daß auch nur die Möglichkeit einer Bedrohung fremder Guthaben das Schiedsgerichtshöfen festgesetzten Beträge aus den Erlösen der Liquidation deutschen Eigentums an ihre Staatsangehörigen zu zahlen. Hierdurch ist es ermöglicht, die Schadenersatzansprüche der Engländer und Franzosen aus Artikel 297 des Versailler Vertrages ohne große, neben der Reparationszahlung laufenden Barzahlungen abzudecken.

Die Verminderung der französisch. Bevölkerung

WTB. Paris, 30. Dez. Das Journal meldet, daß am 6. März bs. Js. die Gesamtzahl der französischen Bevölkerung 39 209 766 Einwohner betragen habe. Im Jahre 1911 betrug die Ziffer 39 604 992. Da indessen in der diesjährigen Ziffer die Einwohner von Elsaß-Lothringen mit 1 709 749 Köpfen mit enthalten sind, hat sich die Bevölkerung der 87 vor dem Kriege bestandenen Departements um 2 104 977 Köpfe vermindert.

Die Washingtoner Konferenz.

London, 31. Dez. Balfour hat in Washington einen Antrag eingebracht, wonach die fünf Großmächte untereinander beschließen sollen, jede Verwendung von Unterseebooten gegen Handelsfahrzeuge als gesetzwidrig zu bezeichnen. Ueber diesen Antrag, der viel weiter geht, als der gestern gemeldete Vorschlag des Senators Root, ist noch nicht abgestimmt worden, aber es wird bereits gemeldet, daß die Vertreter der fünf Großmächte einschließlich Frankreich ihr Einverständnis kundgegeben haben sollen.

WTB. London, 2. Jan. Reuter meldet aus Washington, die Konferenz nähere sich ihrem Ende. Man erwarte, daß noch zwei Vollsitzungen abgehalten werden, die eine werde die bezüglich der Marinefragen, die andere die bezüglich des fernen Ostens noch unerledigten Punkte regeln. Es scheine, daß der 14. Januar, an dem Balfour und Lord Loot nach England zurückzureisen gedenken, als Datum des Schlusses der Konferenz festgehalten werden. Die Marinesachverständigen hofften noch einige Einzelfragen zu erledigen.

WTB. Washington, 1. Jan. Die Chefs der Delegationen der fünf Großmächte haben mit Holland ein Abkommen über das Kabelrecht auf der Insel Yap getroffen. Dasselbe wird Holland, den Vereinigten Staaten und Japan übertragen.

Zur Lage in Aegypten.

Im Hochsommer 1920 war von London aus verkündet worden, England sei auf Grund der Verhandlungen Lord Milners mit Zagiul Pascha, dem Führer der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung in Paris, bereit, das am 13. Dezember 1914 verkündete und durch den Vertrag von Versailles anerkannte Protektorat abzuschaffen, d. h. die volle Unabhängigkeit und Gebietshoheit Aegyptens anzuerkennen. Das Land